

Wirrwarr bei Europas Schritten gegen den Iran

Der Iran-Handel floriert trotz aller Sanktionen. Und die EU schießt mit ihrem Versuch der Embargo-Verschärfung weit über das Ziel hinaus. Effiziente Kontrolle sieht anders aus.



Mathias Brüggmann
ist Korrespondent in
Berlin.

Gut gemeint ist selten gut gemacht. Das gilt auch für die neueste Runde der Sanktionsverschärfungen gegen Iran durch die EU. Einerseits sind darin richtigerweise Lieferverbote für Schlüsselkomponenten großer Erdöl- und Erdgas-Projekte des zweitgrößten Förderlandes der Organisation ölexportierender Staaten (Opec) enthalten. Auch der Verkauf von Wasserwerfern oder Abhörtechnik an das immer stärker von den brutalen Revolutionsgarden beherrschte Land ist absolut richtig. Das trifft das Mullah-Regime ins Mark. Und wer Druck auf den radikalen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad entfalten will, muss dort ansetzen.

Doch haben die EU-Außenminister bei ihrem Versuch, den Iran-Handel für Unternehmen unattraktiv zu machen, auch ein sinnloses, zweifelhaftes und bürokratisches Monster geboren: die Zahlungsverkehrskontrollen. Zahlungen an und von iranischen Firmen müssen ab 10 000 Euro der jeweiligen nationalen Finanzaufsicht der 27 EU-Länder angezeigt und bei Beträgen größer als 40 000 Euro sogar von den Behörden genehmigt werden.

Einerseits wird Iran mit der Überwachung des elektronischen Zahlungsverkehrs noch weiter in die kaum kontrollierbare Bargeld-Wirtschaft gedrängt. Außerdem werden so die Aufseher heillos mit weitgehend nutzlosen Prüfaufgaben überschwemmt. Denn 99 Prozent der Lieferungen nach Persien haben zivilen Charakter, sind also vollkommen zulässig und müssen deshalb ohnehin abgenickt werden. Wegen der sinnlosen Welle der Mehrprüfungen werden die Kontrollorgane - Bundesbank oder Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) - kaum noch Zeit haben für die dringend nötigen Intensivprüfungen zweifelhafter Exporte sogenannter Dual-Use-Güter, also sowohl zivil wie auch militärisch einsetzbarer Komponenten.

Um den Preis einer verschärften Gangart gegen Iran wird damit das gesamte und weitgehend bewährte System der Ausfuhrkontrolle riskiert. Denn Iran steht ja nicht allein auf der Liste der Länder, die mit allen Mitteln nach der Atombombe und ihnen untersagten Rüstungsgütern trachten. Dass Teheran mit allen Mitteln dabei ist, die für sein Atomprogramm nötigen Komponenten und Anlagen an allen Ausfuhrverboten vorbei zu bekommen versucht, steht außer Zweifel. Scharfe Kontrollen sind also dringend nötig.

Aber Europas Kontrolleure werden nun in ihrer Arbeit behindert, weil jede europäische Firma Iran-Exporte über Filialen in den 27 Mitgliedstaaten abwickeln kann. Dann müssen belgische Ausfuhrkontroll- und Finanzaufsichtsbehörden Exporte spanischer Unternehmen überprüfen oder bulgarische Beamte die Iran-Lieferungen britischer Betriebe abwickeln. Statt effizienter und zielgenauer zu kontrollieren, wuchert die Bürokratie.

Bundesbank und Bafa haben dabei die schlechteste Karte gezogen: Da die Europäische Handelsbank-Iranische (EIH) ihren Sitz in Hamburg hat und mittlerweile viele Firmen anderer EU-Länder ihren Iran-Handel

über das hanseatische Institut abwickeln, müssen die deutschen Aufseher künftig auch den italienischen, rumänischen und lettischen Iran-Handel überprüfen. Gut gemacht sieht anders aus.

Doch auch deutsche Iran-Exporthändler brauchen den Kopf nicht in den Sand zu stecken: Die allermeisten Exporte sind vollkommen legal und können weiter abgewickelt werden- wenn es sein muss, auch an möglicherweise verstopften deutschen Behörden vorbei über Filialen in anderen EU-Ländern. Deutsche Firmen sollten sich also intensiv mit den neuen Vorschriften vertraut machen und sich von ihren Kammern und Verbänden beraten lassen.

Zur Aufgabe des Persien-Geschäfts besteht kein Grund, aber die Lieferung verbotener Güter muss verhindert werden. Müssen vereinbarte Exporte wegen der neuen EU-Vorschriften gestoppt werden, besteht zudem nunmehr ein vernünftiger Rechtsrahmen zum Schutz vor iranischen Kompensationsforderungen. Das immerhin ist beim Sanktionspaket gut gemacht worden.

Deutsche Firmen - auch die großen, unter US-Druck stehenden Dax-Konzerne - sollten ihre Iran-Beziehungen nicht abbrechen. Iranische Unternehmer brauchen ein Tor zum Westen. Sie stehen zu Hause schon genug unter Druck der nach immer mehr wirtschaftlicher Macht strebenden Revolutionsgarden. Es darf nicht passieren, dass Ahmadinedschad durch den Lieferausfall auch vollkommen legaler Produkte von seiner Verantwortung ablenken kann.

Der Präsident ist zuständig für eine Wirtschaftspolitik, die zu massiven Engpässen im Land führt. Seine absurden Subventionen, die Verschwendung der Öleinnahmen für seine Rüstungs- und Atompolitik und die immer aggressiveren Angriffe auf private Unternehmer treiben das stolze Land an den Abgrund. Der Westen sollte mit einer falschen Sanktionspolitik nicht den Vorwand für seine Ablenkungsmanöver liefern. Der Autor ist Korrespondent für Außenpolitik in Berlin. Sie erreichen ihn unter

brueggmann@handelsblatt.com

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).